

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

214 (13.9.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags 6 Uhr abends. Preis: 1.10 M. 1/2jährl. 3.30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.00 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.00 M. vorauszahlbar.

Abgabe: Montag mittags 6 Uhr abends. Preis: 1.10 M. 1/2jährl. 3.30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.00 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.00 M. vorauszahlbar.

Abgabe: Montag mittags 6 Uhr abends. Preis: 1.10 M. 1/2jährl. 3.30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.00 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.00 M. vorauszahlbar.

Vizekanzler Payer über innere und äussere Politik.

Stuttgart, 12. Sept. (W.B. Nicht amtlich.) In einer öffentlichen Versammlung unter Vorsitz des Bürgermeisters Lautenschlager hat heute vormittag im dichtgedüllten Saal des Bürgermuseums der Stellvertreter des Reichskanzlers, Erz. v. Payer über die politische Lage gesprochen. Er führte unter anderem aus:

Wenn ich heute in meiner alten Heimat zu meinen Mitbürgern spreche, so habe ich nicht die Absicht, in das große internationale Nebentun zwischen den leitenden Staatsmännern der Kriegführenden Völker auch für meine Person einzutreten. Ich möchte mich meinerseits mehr an die Adresse unseres Volkes wenden. Ich möchte versuchen, doch den Kräfte der zurzeit unerkennbar, übrigens nicht bloß in Deutschland und bei seinen Bundesgenossen allein, sondern auch trotz der weidlich aufgeblähten militärischen Erfolge unserer Gegner auch bei deren Völkern sich bemerkbar machenden gedrückten Stimmung auf den Grund zu gehen.

Man würde dem deutschen Volk unrecht tun, wenn man sie zu einem weidlichen Teil auf die jüngsten Rückschläge an der Westfront zurückzuführen wollte. Der eigentliche Grund unserer gedrückten Stimmung liegt nicht in solchen Teilergebnissen, sondern in einem, mehr auf den Gemütern lastenden Gefühl, daß sich die Friedenss Aussichten immer weiter hinausziehen und daß man der Möglichkeit eines fünften Kriegswinters entgegensehen muß. Das ist kein Empfinden, das auf Deutschland und seinen Verbündeten allein lastet. Dieses Elend tragen alle Kriegführenden in der gleichen Weise. Einschränkungen und Entbehrungen erschweren uns allen das Dasein. Unsere Staatsschulden erreichen eine phantastische Höhe. Wir stehen uns allerorten gegen die von dem Kriege untreunbare Verarmung unserer persönlichen Freiheit und sämtliche Kriegführenden Staaten Europas mühen, wenn sie nicht blind sind, sich gefolgt, daß je länger sich die europäischen Völker zerfleischen, um so fester die historische Vorkamstellung des geschwächten und verarmten Europas zugunsten klüger berechnender Völker bestehen werden wird.

Der vierjährige Krieg ist zum größten Teile auf feindlichem Boden geführt worden; in Europa wird er heute fast restlos in feindlichem Gebiete geführt. Was das bedeutet, haben nur wenige gesehen. Sonst würde dieser Vorteil unendlich höher bewertet werden als es in der Regel der Fall ist. Der U-Bootkrieg hat nicht so rasch und sicher gewirkt, wie wir es seinerzeit berechneten. Es ist wertlos, jetzt darüber zu streiten, wer den Fehler verschuldet hat. Aber wir sind nicht die einzigen, die sich in diesem Weltkrieg einmal verrechnet haben. Wir sind dadurch leider um eine Hoffnung ärmer geworden. Aber das rechtfertigt noch nicht, den U-Bootkrieg in seiner Wirkung zu unterschätzen, wie das vielfach mit einem gewissen Unwillen jetzt geschieht. Seit über Jahresfrist richtet er in einer Durchschlagskraft den feindlichen Schiffszug fast genau in dem von ihm erwarteten Maße. Noch sind unsere Feinde zusammen nicht in der Lage, die dadurch entstehenden Verluste an Schiffraum durch Neubauten auszugleichen. Nur mit schwerer Sorge können die Engländer die Vernichtung ihrer Schiffe zusehen, die nach dem Krieg erst recht verhängnisvoll für sie werden wird, denn die während des Krieges als Ersatz gebauten Schiffe werden im wesentlichen nicht England gehören, sondern der amerikanischen Konterrasse, und die Hoffnung, an der noch zu erobernden deutschen Flotte sich schadlos zu halten, wird nur für sehr phantastische Engländer ausreichend sein.

Wir haben uns entgegen der Erwartung der Welt gehalten. Geduld und Erfindungsgeist haben uns über die schlimmsten Nöten geholfen. Bei unseren Gegnern ist auch ein ungeheurer Mangel eingetreten. Fehlt es bei uns an Baumwolle und Oelen, so geht unseren Feinden die Rohle aus, die man doch vor allem braucht. Knapp sind die Lebensmittel hüben und drüben. Aber schon heute dürfte sich auf diesen Gebieten das Blatt zu unseren Gunsten gewendet haben. Gegen Osten ist die Welt wieder offen für uns. Die besetzten Gebiete, Rumänien und der größte Teil des früheren Auslands sind für unsere Ernährung erschlossen, während die Zufuhren unserer Feinde an Lebensmitteln und Rohstoffen zurückstehen müssen gegenüber den Rufsen der Front nach amerikanischen Heeren und deren lebendige Versorgung.

Es bleibt nur die Hoffnung unserer Feinde, wir werden demnächst in nerlich eher zusammenbrechen als sie. Für Deutschland können wir sicher sagen, daß es, unbeirrt von allen Meinungsverschiedenheiten in diesem Weltkampfe, an Ausdauer und innerer Kraft nicht unterlegen wird, sobald Mähe sich auch unsere Feinde geben, Unemigkeit zwischen uns zu jäen.

Eine Pflicht aber haben wir allerdings alle, und ich anerkenne auch für meine Person, getauichte Hoffnungen müssen verhütet, berechnigte Forderungen müssen erfüllt werden und zwar rechtzeitig. Tatsächlich bestehenden Schäden muß abgeholfen werden. Wahrscheinlich scheint mir in dieser Beziehung das Schicksal der preussischen Wahlrechtsvorlage, einer längst nicht mehr allein preussischen, sondern eminent deutschen Frage, schon unter dem Gesichtspunkt, daß unerkennbar von der Entscheidung dieser Frage auch das höhere oder geringere Maß von Vertrauen abhängt, das die Bevölkerung nicht bloß der preussischen, sondern auch der Reichsregierung entgegenbringt, und es bedarf seiner Auseinandersetzung, in wie hohem Grade dieses Vertrauen darin bedingt wird.

Eine weitere Hinausschiebung der Entscheidung, darüber vertritt wohl jetzt fast vollständiges Einverständnis, ist nicht anzurathen, so schwer man auch eine Auflösung und Neuwahlen während des Krieges nehmen mag, die übrigens durchaus nicht so viel Gegenstände aufzuheben werden, wie das Neuwahlen tun, die unter einer weniger klar umgrenzten Parole stattfinden. Im übrigen kann meines Dafürhaltens die Entscheidung der preussischen Regierung als getroffen angenommen werden. Geht nicht aus der Kommission des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht heraus, mit ihr einverstanden. Ueber den Ausgang dieser Wahl wird

heute wohl nirgends mehr Zweifel bestehen. Wenn sich die Regierung bemüht hat und heute noch bemüht, eine Verständigung zu Stande zu bringen, um den Wahlgang im Kriege zu vermeiden, so tut sie damit nur ihre Pflicht. Haben die Gegner der Vorlage ein Ohr für die Forderungen des Tages und ein Auge für das Anwachsen der volkstümlichen Bewegung im Lande, so werden sie sich beieien, einer Verständigung zustimmen. Sie werden damit sich selbst einen Dienst leisten, nur dürfen sie nicht hoffen, die Vorlage auf dem Wege der Verschleppung in ihr Gegenteil zu verwandeln oder ausbeuten zu können. Ein sogenanntes „gleiches Wahlrecht“, das durch die Stimmen der Wahlrechtsgegner gegen die Stimmen der Wahlrechtsfreunde zustande käme, wäre, politisch betrachtet, so ziemlich die verhängnisvollste Lösung. Die nächsten Tage oder Wochen mügen die Entscheidung bringen. Mögen sie den Zeichen der Zeit Rechnung tragen.

So ungern es ist, in diesen Tagen des grimmigsten Kampfes vom Frieden zu reden, will ich es doch betonen. Wer weiß, ob das verjüngte Ringen unserer Feinde nicht die Ankündigung des Friedens bedeutet. Um sich von dem künftigen Frieden ein Bild zu machen, muß man sich loslösen von dem ausgefahrenen Geleise unseres historischen Wissens. Könnte man diesen Weltkrieg nur als einen Krieg wie die früheren ansehen, baute man den zukünftigen Frieden nach den Rezepten auf, nach denen man die früheren Kriege abgeschlossen hat, so würde dem Friedensschluß eben derjenige Teil, der sich als der stärkste erwies, voraussichtlich so viel Land und Leute, als er sein Recht hat, als Siegesbeute in die Hände zu fallen, als er bekommen kann und denkt verdauen zu können. Er würde sich eine für den Besiegten fast unerschwingliche Entschädigung zahlen lassen, sich auch noch einige militärische und wirtschaftliche Vorteile ausbedingen und dann gewappnet bis an die Pforten des Wiedererregungskriegs von der anderen Seite neu erwarten.

Man wird den gegnerischen Regierungen nicht unrecht tun, wenn man ihnen zutraut, daß sie es, sofern sie die Macht hätten, ohne Bedenken auch diesmal versuchen würden, nach dieser bewährten Methode zu arbeiten. Sie haben es uns ja oft genug und offiziell genug in Aussicht gestellt, und bei uns gibt es heute noch Menschen, der rein mechanisch an diesem früheren Gedankenengange weiter zu arbeiten, für vaterländische Pflicht ansetzt. Kann denn aber wirklich ein denkender Mensch annehmen, dieses entsetzliche Ringen, an dem fast die ganze Welt beteiligt ist, werde mit einem Frieden herkömmlicher Art schließen? Kann man denn glauben, daß ganz selbstverständliche Streben der Menschheit, nach den Erfolgen der letzten vier Jahre diesen Krieg der Kriege auch zu dem letzten Kriege zu machen, werde ungehört verhallen? Die Menschheit werde sich nach diesen Opfern an Leben und Schäden mit einer Art Waffenstillstand auf ein Jahrzehnt begnügen, werde gutergehen für alle Ereignisse den Krieg als ein schlechtes Unvermeidliches Uebel ansehen? Schon der Blick auf den Zustand der völligen Erschöpfung, in dem die Welt aus diesem Völkerringen erborgehen muß, schon der Gedanke, wie langsam die Völker braunen werden, bis sie wirtschaftlich, kulturell und moralisch besser sind, als sie waren, schließt eine solche Möglichkeit aus. Die Welt sieht heute anders aus als nach dem Dreißigjährigen Kriege oder auch nur bei Ausbruch des gegenwärtigen Krieges.

Die Jahre des Weltkrieges haben Einwirkung der Gesamtheit des Volkes auf die Gestaltung der inneren und äußeren Politik in allen Ländern wenigstens Europas außerordentlich gesteigert. Die Lasten jedes Krieges sind nach zu allen Zeiten am schwersten auf den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung geladen. Bei früheren Friedensschlüssen sind die mittleren und unteren Bevölkerungsschichten, wenn es zu Verhandlungen kam, still in den Hintergrund getreten. Mit dieser Resignation ist es heutzutage nicht mehr. Den kommenden Frieden werden die Regierungen nicht allein, sondern in stillem Einvernehmen mit der Gesamtheit des Volkes schließen, hier ist nicht die Hauptsache, ein Gewinn an Menschen, Land, Gut und Ehren, hier ist es mindestens heutzutage um einen dauernden Frieden zu tun.

Wir wollen alles vermeiden wollen, was einen neuen Krieg entfachen kann, wie wir alles begrüßen, was geeignet ist, ihn zu verhindern, darum wird es keinen Eroberungskrieg geben. Das muß für unsere Gegner, die sich unsere und unserer Bundesgenossen Vernichtung und staatliche Zerkümmern zum Ziele gesetzt haben, einen Verzicht, eine Enttäuschung bedeuten, die fast dem Eingeständnis einer Niederlage gleichkommt, nicht aber für Deutschland, dessen Regierung dem feierlichen Kaiserwort „uns treibt nicht Eroberungslust“ aller Anfechtung zum Trotz während des ganzen Krieges treu geblieben ist und damit behauptet hat, daß seine Politik in dieser Richtung nicht bloß eine gerechte, sondern auch eine vorausschauende gewesen ist. Ist Eroberung bereits ausgeschlossen, so ergibt sich mit Notwendigkeit die Wiederherstellung des territorialen Zustandes vor dem Kriege. Die ist überall ohne weiteres möglich, nur nicht im Osten. Das alte Rußland war ein durch den rücksichtslosesten Selbstmord aus den verschiedensten Völkern zusammengewürfelter Staat: es hätte lebensfähig bleiben können, wenn es die Afsicht gehabt hätte, und wenn es ihm gelungen wäre, durch föderalistische Gestaltung den unterjochten Völkern erträgliche Lebensbedingungen zu gewähren, wenn es nicht seinen Völkern, wie den einzelnen Untertanen jede freiwillige Entwicklung verwehrt hätte, und wenn es nicht im Zusammenhang damit gezwungen gewesen wäre, die aus der allgemeinen Aufregung seit drohenden inneren Gefahren immer wieder durch kriegerische Erfolge und weitere Ausdehnung des Reiches zu bewahren. Sollen nun wir zur Wiederaufrichtung dieses belpolitischen, durch seinen Charakter, ja schon durch sein bloßes Dasein stets die Welt und vor allem seine Nachbarn bedrohenden Zarenreichs selbst wieder beitragen, unsere Zukunft aufs neue gefährden, indem wir die Teile, in die sich das alte Rußland naturgemäß und von rechts wegen aufgelöst hat, selbst wieder zusammenbringen? Das Gebot ist unabweisbar. Wir

Osten ist für uns Frieden und bleibt für uns Frieden, mag es unseren westlichen Feinden gefallen oder nicht. (Beifall.)

Im übrigen kann der territoriale Besitz überall wiederhergestellt werden. Voraussetzung für uns und unsere Bundesgenossen muß sein, daß uns alles wieder zugeteilt wird, was wir an Gebiet am 1. August 1914 besessen haben. Deutschland muß also in erster Linie seine Kolonien wieder erhalten, wobei der Gedanke eines Austauschens aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ausgeschlossen sein zu braucht. Voraussetzung für unsere am kommenden Frieden beteiligten Gegner wird andererseits wohl sein, daß auch sie auf die von uns und unseren Bundesgenossen besetzten Teile ihres Gebietes Anspruch machen können. Dieser Anspruch wird weder an unserer Weigerung noch an der unserer Bundesgenossen scheitern. Wir Deutsche können, sobald der Friede geschlossen ist, die besetzten Gebiete räumen, wir können, wenn es erst einmal so weit ist, auch Belgien räumen. Sind wir und unsere Bundesgenossen erst wieder einmal im Besitz dessen, was uns gebührt, sind wir erst einmal sicher, daß in Belgien kein anderer Staat irgendwie besser gestellt wird, als wir, so wird auch, das glaube ich jagen zu können, Belgien ohne Belastung und ohne Vorbehalt zurückgegeben werden können.

Beit noch die Frage einer Kriegsentchädigung von der einen oder anderen Seite. Wir sind innerlich überzeugt, daß wir als die schuldlos Angegriffenen, das Recht auf eine solche Entschädigung haben. Den Krieg aber bis zu diesem Zeitpunkt weiter zu führen, würde uns von neuem so schwere, mit Geld nicht zu erwerbende Opfer kosten, daß wir bei vernünftiger Ueberlegung auf die Weiterverfolgung dieses Gedankens auch bei günstiger militärischer Lage wieder verzichten, ganz abgesehen von der Gefährdung des künftigen Friedens, die von der zwangsweisen Verweilung einer Entschädigung untrennbar wäre.

Trotz alledem wird der Friedensvertrag noch einen recht positiven Inhalt bekommen. Die Völker der Erde ruhen nach Schluß gegen weitere Verleumdung durch Kriege, nach einem Weltkrieg, nach internationalen Schiedsgerichten, nach Vereinbarungen über gleichmäßige Abrüstung. Wir sind bereit, nach Kräften mitzuarbeiten, daß der Gedanke vom Bund der Völker und zwar vom vollen, der alle, die wollen, umfaßt, verwirklicht wird. Schiedsgerichte sind für uns nichts Neues. Die Abrüstung wollen wir, volle Gegenseitigkeit vorausgesetzt, sogar gern auf die Seestreitkräfte, nicht bloß auf die Landheere ausdehnen. Demselben Ideengang folgend und nach darüber hinaus werden wir das Verlangen nach der Freiheit der Meere und der Meeresstraßen, nach offenen Häfen in allen überseeischen Besitzungen, nach Schutz des Privatigentums zur See in den Verhandlungen erheben, und wenn über den Schutz der kleinen Völker und der nationalen Minderheiten in den einzelnen Staaten verhandelt werden wird, werden wir willig für vertragliche Bestimmungen eintreten, die in den England unterworfenen Ländern wie eine Erlösung wirken werden. Es wäre trügerisch, auf einen Friedenswillen in benachbarten Kreisen unserer Feinde, die für die Eröffnung und die Weiterführung des Krieges verantwortlich sind, überhaupt zu rechnen. Seit Jahren leben sie von der Entflammung des Kriegsfanatismus. Sie können ihren Völkern nicht einreden, daß ihre Ziele unerreichtbar, daß ihre Opfer umsonst gebracht sind. Anders werden bei diesen Völkern wieder andere denken. Auch die werden zur Geltung kommen, vielleicht bald, vielleicht später. Was dann aber bleibt uns nichts übrig, als uns unserer Haut zu wehren. Wir lesen die Verantwortlichkeit für das Blut, das noch fließen wird, auf das Haupt unserer Feinde. Aber wer nicht hören will, muß fühlen. In unserer äußeren und inneren Front wird der Verzichtsmüssen unserer Feinde erschellen. Deutsche Kraft und deutschen Können, deutsche Mut und deutsche Opferwilligkeit, denen wir sehr viel haben alles verdanken, müssen sie belehren, daß es für sie aussichtslos geworden ist, den unheilvollen Kampf weiterzuführen.

Die Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.

W.B. Berlin, 13. Sept. (Nicht amtlich.) Der Reichskanzler hat gestern Nachmittag eine Abordnung von sechs Gewerkschaftsführern zu einer längeren Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage empfangen. Die Abordnung bestand aus den Herren Legien, Berlin, Waldecker, Vothum, Thomas-Fraankfurt a. M., Schmidt-Berlin, Paepelow-Hamburg, Mehlhake-Altenburg. Der Besprechung wohnten die Staatssekretäre Ballraf, v. Waldow, Kriegsminister Fehr, v. Stein und je ein Vertreter des Kriegsministeriums und des Kriegesamtes bei. Die Gewerkschaftsführer legten dem Reichskanzler die Wünsche und Beschwerden der von ihnen vertretenen Arbeiterkreise eingehend dar. Der Reichskanzler dankte der Abordnung für ihre vertrauensvolle Offenheit und behandelte im Anschluß daran die allgemeine politische Lage, sowie die von den Gewerkschaftsführern erörterten Gegenstände. Die anwesenden Staatssekretäre und der Vertreter des Kriegesamtes fügten kurzen Erklärungen die Auskünfte über diejenigen Angelegenheiten hinzu, die ihre Arbeitsgebiete betreffen. Die Erörterung weiterer Einzelheiten wurden späteren Besprechungen der Gewerkschaftsführer mit den Ressortchefs vorbehalten.

Vertical text on the left margin, including "Bater Friedrich", "8 Tage all", "Schneider, 78", "inbauernmetz", "zmann, Schmid", "Abis Heller", "Jemann, 67", "tine von Karl", "alt, Witte von", "ra Better, 81", "aglöner, 21", "von Dienst", "ache alt, ohne", "von Rupert", "abritarbeiterin", "Durck", "arbeiter, und", "Johanna 23", "und Karlmann", "lieb Friedrich", "di. Max 28", "Dina 28", "x. und 28", "BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK", "Baden-Württemberg"

Ausland.

Russischer Außenhandel.

Eine halbamtliche russische Mitteilung berichtet über die Verhandlungen des Volkskommissariats für Handel und Industrie zur Regelung des internationalen Warenaustausches. Russland habe nach große Vorräte an Holz, Flach, Hanf, Leder und Fellen, die für den internationalen Handel ausnutzen könnte. Am ausgiebigsten ständen die Verhandlungen mit der Ukraine, die Getreide, Eisen und Eisenbahnmaterialien liefern und dafür Papier, Petroleum, Zement, Wäsche und Kleider erhalten soll. Deutschland könne leider gegenwärtig sehr wenig bieten; wesentlich in Betracht komme nur Kohle; daneben unbedeutende Mengen landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen und chemisch-pharmazeutische Artikel. Deutschland will Kleiderstoffe, Fäden, Kautschuk, Metalle und Schmieröle. Schwierigkeiten macht die Preisfrage. Mit Schweden war ein Austausch von Seiden gegen russische Rohwolle im Betrage von 2 1/2 Millionen Kronen abgeschlossen, doch wurden die Lieferungen beiderseits zurückgehalten. Der russische Außenhandelskommissar schließt mit der Feststellung, daß alle Staaten befreit seien, Rohstoffe und Metalle aus Russland zu beziehen und möglichst viel an Russland verdienen wollten.

Spaniens Wirtschaft im Kriege.

Die drohende Note Spaniens an Deutschland lenkt die Aufmerksamkeit auf dieses Land, das seit den glänzenden Tagen der ersten Goldburger im Donnerschlagslag lag. Im Krieg hat es sich in wirtschaftlicher Hinsicht sehr gut gehalten, was es in Jahrhunderten verstanden hat. Die Erzlager gewannen im Meer, die Industrie wurde durch gewaltige Kriegslieferungen gesund, die Landwirtschaft profitierte von den hohen Preisen und die Seeschifffahrt beitrug ungeheure Gewinne ein. Spanien, das früher stets mehr ein Importland als exportierte, hat seit dem Jahre 1915 einen von Jahr zu Jahr steigenden Ausfuhrüberschuß: so im Jahre 1915 von 276, im Jahre 1916 von 449 und im Jahre 1917 gar von 564 Millionen Pesetas. Infolge dieser Ausfuhrsteigerung bei sinkender Einfuhr strömte Geld und im Auslande untergebrachte spanische Wertpapiere zurück. Der Goldfuß der Spanier von Spanien stieg von 543 auf 2300 Millionen Pesetas, der Kurswert des spanischen Geldes steht weit über seinen Friedenswert, der Uebergang zur Selbstverwaltung am 1. Januar 1919 ist beschlossene Sache. Die ausländischen Anleihen sollen von einer inneren abgelöst werden, damit das Land von fremden Geldgebern unabhängig wird.

Natürlich hat die glänzende Medaille auch ihre Rückseite. Durch die Lebensmittelaufnahme sind die Preise gestiegen und ist im eigenen Lande Mangel eingetreten. Durch die Strömungen der Seeschifffahrt infolge des U-Boot-Krieges und der draconischen Kriegesregeln der Alliierten ist die Einfuhr unter eigener Flagge von 1913 bis 1917 um 764 859 T. (34 Proz.) unter fremder Flagge um 2 701 063 T. (81 Proz.) gesunken. Durch Schiffverletzungen hat die Flotte eine Einbuße von etwa 20 Prozent erlitten: es sollen 79 Schiffe mit 160 000 Tonnen Gehalt verent worden sein.

Wie in vielen neutralen Ländern haben die Arbeiter von der Kriegskonjunktur wenig profitiert. Die infolge des Mangels an Rohprodukten einsetzende Arbeitslosigkeit war um so empfindlicher, als die Preise rapide stiegen. Die einsetzenden Unruhen erschlärten das Land und führten zu öfteren Kabinettswechseln, bis sich unter Maura ein nationales Koalitionsministerium bildete. In Spanien liegen 92 Schiffe der Mittelmächte, davon etwa 70 deutsche, deren Tonnengehalt ungefähr 111 000 T. beträgt.

Helsingfors, 12. Sept. (WZ, Nicht amtlich.) Amtlich wird bekannt gegeben: Nachdem der Landtag die Regierung ersucht hatte, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, damit der Landtag so bald wie möglich die Wahl eines Königs vornehmen könne, fand die Regierung, wie bekannt, eine Wahldeputation nach Deutschland, um zu erkunden, ob Prinz Friedrich Karl von Hessen willens sei, die Krone Finnlands anzunehmen. Auf diese Anfrage hat Seine Hoheit, nachdem sie sich Besenkheit erheben hatte, um sich über die Verhältnisse in Finnland Kenntnis zu verschaffen, am letzten Montag der Deputation eine sehr eingehende Antwort erteilt. Der Landtag ist zum 26. September einberufen worden, um die Königswahl vorzunehmen.

Deutsches Reich.

Die Denkschrift und das Kriegsernährungsamt.

Die Denkschrift des Parteivorstandes und der Generalkommission hat bereits eine Neuerung des Kriegsernährungsamtes hervorgerufen, die, wie wir vernehmen, dahin geht, daß man in der Frage der verlangten reichlicheren Belieferung mit Kartoffeln die Ernte noch nicht genau abschätzen könne, um zu sagen, was man sich in dieser Hinsicht schlußfassen werden könne. Im August habe man noch gehofft, daß die diesjährige Ernte der vorjährigen etwa gleich kommen werde. Der Eintritt des nachfolgenden Winters aber lasse es fraglich erscheinen, ob sich diese Hoffnung erfüllen werde. Dagegen könne man die in der Denkschrift geäußerten Befürchtungen, daß die jetzt bestehende Rationierung der Brotkrumen zu einer dauernden Ernährungsnot gemacht werden solle, zerstreuen. Von diesem Zeitpunkt an werde die alte Brotkrumen wieder geliefert. Soweit die zu unserer Kenntnis gelangte Auffassung des Kriegsernährungsamtes in der Angelegenheit. Es ist gegenüberzustellen, daß in der Denkschrift dargelegt wird, daß mit der Erhöhung der regulären Rationsrationen dem Schleichhändlerhandel ein Ende zu machen und die Ueberlastung der Bahnen durch das hunderte Samstags der Kartoffeln beizubehalten würde. Die Denkschrift weist ganz richtig darauf hin, daß alle die Kartoffeln, die im Schleichhandel zu ungeheuren Preisen abgesetzt und die auf weiten Samstagsfahrten in kleinen Mengen zusammengekauft werden, doch vorhanden sein müssen, so daß die Frage der Höhe der Ration zunächst eine Frage der richtigen Erfassung der Ernte ist. Daraus handelt es sich. Das Kriegsernährungsamt sollte nicht einmal den Versuch machen, diesen allgemein einleitenden Sachverhalt zu umgehen!

Aus aller Welt.

Straßburg, 12. Sept. Der Raubmörder Schlegel wurde heute früh in Oepeln durch Erschießen hingerichtet.

Bilzberg, 12. Sept. Die Bilzberger unter Kindern in der Westfalen-Kolonie Biersdorf hat weitere Opfer gefordert. Von 33 Kindern, die von den Bilzen gegessen hatten, sind bisher 26 gestorben. Bei sechs Kindern besteht noch Lebensgefahr. Die Kinder, sämtlich aus Caïrop bei Dortmund stammend, sollten in den nächsten Tagen nach mehrmonatigen Landaufenthalt in die Heimat zurückkehren. Ob oder inwiefern bei dem schmerzlichen Unglück andere Personen ein Versehen trifft, ist bisher noch nicht ermittelt worden.

Kriegsernährungsamt, 12. Sept. Fürstbischof Graf Hunn in Prag hat den Vikariatsämtern seiner Diözese aufgetragen, zu veranlassen, daß die Pfarrersfrauen keine Güter mehr tragen dürfen. — Ja, ja, jeder Stand hat seine Sorgen, besonders in dieser Zeit.

„Aufschieberversicherung“.

Vor uns liegt ein Antragsformular der Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktiengesellschaft, gegründet 1891; Stammvermögen fünfzehn Millionen Mark. Wir lesen da: „Antrag auf Versicherung gegen Schäden durch Aufschieber.“ Für alle Aufschieberversicherungen, heißt es weiter, bildet der volle Feuerversicherungs-, sofern dieser nicht mehr zureichend ist, der derzeitige Wert der zu versichernden Sachen die Grundlage. Die Gebühren für den Versicherungsschein betragen bei Versicherungen bis zu 100 000 M. Feuerversicherungsprämie 2 M., über 100 000 M. 3 M. Zu versichern sind Gebäude nebst eingebauten Maschinen, Hausrat, Waren von Nahrungsmitteln, Gemüsmitteln und Bekleidungsgegenständen, Waren von anderen Geschäften, Grund und Boden, sowie Anpflanzungen, Getreide, Futtermittel, Vieh, Schafställe und Schaafställe nebst Inhalt usw.

Ein Prämientarif für „Aufschieberversicherung“ liegt bei. Die Mindestprämie für eine Versicherung beträgt 5 M. jährlich. Sehr interessant ist der Zusatz: „Schäden durch Maßregeln zur Abwehr und Unterdrückung des Aufstieges sind prämienfrei in die Versicherung eingeschlossen.“

Das Attentat läßt einen tiefen Blick in die Seelen unserer Spießbürger und Anstromeier tun. Und die raffinierte Ausnutzung der dort sich drängenden Gefühle durch eine raffinierte Spekulation zeigt wiederum, wie gewisse Teile der Geschäftswelt auch aus mißglückten Blüten Honig zu saugen verstehen. Ganz gewisse versicherte Geschäftsleute würden im gegebenen Falle wohl auch etwas Besonderes dabei zu profitieren verstehen, indem sie für „Schäden, die durch Maßregeln zur Abwehr und Unterdrückung des Aufstieges entstehen“, noch prämienfrei eine Extra-Versicherungsprämie einstreichen können. Vielleicht finden sie heute schon über die „Maßregeln“ nach, die sie zu diesem Zwecke treffen wollen.

Soweit uns bekannt ist, ist die Existenz dieser Art von Versicherung bisher sorgfältig verheimlicht worden. Indem wir sie an die Öffentlichkeit setzen, wollen wir uns momentan keinen weiteren Betrachtungen hingeben, sondern abwarten, welche Empfindungen sie bei unserem Volke auslösen wird.

Die Zeitungsverleger und die Papierfrage. Am Mittwoch fand in Berlin eine allgemeine Zeitungsverleger-Versammlung statt, die, vom Verein Deutscher Zeitungsverleger einberufen, sich mit der infolge der Kriegsverhältnisse sich immer mehr schwierig gestaltenden Frage der Zeitungsverlegerpreise und Haltung der Reichsregierung mit dieser Lebensfrage der deutschen Tagespresse beschäftigte. Schon der Besuch der Versammlung, an der über 100 Zeitungen aus allen Teilen des Reiches vertreten waren, legte Zeugnis von der Bedeutung dieser Frage ab. Das Ergebnis der eingehenden Verhandlungen war nachfolgende Entschliessung, die mit allen gegen 2 Stimmen angenommen wurde: Die deutsche Presse befindet sich in einer ersten Lage. Die Herstellungskosten drohen einen Höhepunkt zu erreichen, der nicht mehr übersritten werden darf, soll nicht die allzuwichtige historisch gebildete Struktur der deutschen Presse gefährdet werden. Wird der dauernd steigenden Belastung nicht Einhalt geboten, so kann die Presse ihre wichtige vaterländische Aufgabe nicht mehr erfüllen. Sie verliert an Verbreitung und Einfluß. Das wichtigste Förderungsmittel unserer nationalen Interessen wird dadurch lahmgelegt, wenn hier vom Reich nicht eingegriffen wird. Dann sind die Zeitungen gezwungen, entweder ihren redaktionellen Teil bis zur Unmöglichkeit einzuschränken, oder den Bezugspreis in einem Umfange zu erhöhen, der dem Volk, für das die Zeitungen die wesentliche geistige Nahrung darbieten, unter den heutigen Verhältnissen unmöglich zugemutet werden kann. Gerade jetzt wären die Folgen von verhängnisvoller Wirkung für das Staatsleben. Es ist deshalb ein unumgängliches Erfordernis, daß die Reichsregierung wie bisher dafür Sorge trägt, die deutschen Zeitungen vor einer unermesslichen Belastung der Papierkosten zu bewahren.

Baden.

Wer ist schuld?

* Diese Streitfrage wird gegenwärtig in der „Badischen Landeszeitung“ zwischen Weinhandel und Weinbau er ausgefochten. Genannte Zeitung brachte dieser Tage einen Artikel, anscheinend aus Händlerkreisen, in welchem versucht wird, den Weinhandel von dem Vorwurf der nachfolgenden Preissteigerung reinzuwaschen und die Schuld auf den Erzeuger zu schieben. Es heißt da:

Der Weinhandel könnte es nur begrüßen, wenn eine Rahm-nahme getroffen würde, die der jetzigen Preissteigerung Einhalt gebietet, anstatt — wie leider die Nicht-Preise — auf dem Papier stehen zu bleiben. Der Weinhandel weiß nur zu gut, daß er durch ein unablässiges Hiniausgeben der Preise selbst geschädigt wird; und glaubt jemand, er betrachte es als seinem Wohle dienend, wenn nur die oberen Reihentausend sich ein Glaschen leisten können? Man gewöhne dem Weinhandel das Recht, sich gegenüber ungerichteten Anschuldigungen zu verhalten, und der Gewährung des Wolff'schen Telegrammbüros verleihe sich einmal in die Lage des Weinhändlers, der einer fortgesetzten scharfen Kontrolle unterliegt, der seine Preisberechnung durch Vorlage der Einkaufsbelege und der Geschäftsbücher nachweisen muß, der aber zu sehen soll, daß der Weinerzeuger das Mehrfache dessen fordert, was als Richt- oder Angemessenheitspreis festgesetzt ist.

Und schließlich darf der Handel, einer der Hauptträger steuerlicher und sozialer Lasten, sich verbitten, durch verallgemeinernde Vorwürfe wie des Kriegserzeugers als ein Verwerbe zweiten Ranges hingestellt zu werden.

Hierauf erwidert ein Weinbauer aus dem Oberland mit einer Berichtigung, in der es heißt:

1. An den hohen Weinpreisen ist jedenfalls der kleine Weinbauer nicht schuld, der sein bescheidenes Quantum im Herbst als Rohprodukt an den Weinhandel absetzt, von wo es dann wieder weintechnisch behandelt in den Handel kommt. Am Orte des Einsenders wurde der 1917er unter dem Richtpreis — sämtlicher — abgesetzt. Der 1918er kostete im Herbst per Hektoliter 50—62 M., im Februar 1917 — also kaum nach 1 1/2 Jahre — wurde dieser Jahrgang schon mit 250 Mark per Hektoliter in den Handel gebracht — also nicht der Weinbauer war's! Ebenso ist es mit allen Lagerbeständen des Handels, die in kürzester Zeit in die Höhe stiegen und wo große Summen ohne Mühe verdient wurden.

2. Wer hat in der Pfalz, an der Mosel und am Rhein an den Steigerungen diese fabelhaften Preise bezahlt, zuletzt das Hektoliter mit 212 M. — doch allein nur der Weinhandeler! So deutet einer auf den andern und keiner will es gemessen sein. Dabei trägt jeder von beiden an den heutigen wahnsinnigen Zuständen die gleiche Schuld. Angefangen hat allerdings der Handel, der die Bestände von 1915 zu normalen Preisen aufkaufte und durch Schiebungen zu Wucherpreisen absetzte. Als die Weinbauer dann sahen, was in den Städten ein Viertel Wein kostet, haben sie selbst entsprechende Preise verlangt und auch mit Ruhmhand bekommen. Der Handel hielt sich schadlos, indem er die Preise immer weiter in die Höhe wucherte, was seinerseits immer höhere Mehrforderungen von Seiten der Erzeuger zur Folge hatte. Heute sind wir soweit, daß wirklich keiner von Beiden dem andern etwas vorzuwerfen hat. Bedauerlich ist nur, daß die Kriegserzeuger nicht rechtzeitig gegen dieses Treiben eingeschritten sind.

* **Bruchsal, 12. Sept.** Nach einer amtlichen Bekanntmachung wurde der Mühlbetrieb der Bruchsaler Nahrungsmittelfabrik G. m. b. H. wegen Vergehens gegen die Reichsgeldverordnungen polizeilich geschlossen.

* **Mannheim, 12. Sept.** Gestern wurde die Leiche des am 11. August beim Baden ertrunkenen Schülers Karl Red von Ludwigsbühl gelandet. — Im Hause Waldparkstraße 34 kam gestern vormittag ein 79 Jahre alter, verwitweter Privatmann im Treppenhaus zu Fall. Er erlitt einen Schädelbruch und starb an seiner Verletzung.

* **Ladenburg bei Mannheim, 12. Sept.** Eine bulgarische Studienkommission für Landwirtschaft, die z. Bt. unter Führung des Bundes der Landwirtschaftler Deutschlands bereist, besuchte hier die landwirtschaftliche Winterschule; mehrere landw. Kleinbetriebe und die landw. Musterwirtschaft Rosenhof. Die bulgarischen Gäste zeigten sich sehr beeindruckt von dem Gesehenen.

* **Karlsruhe, 12. Sept.** Infolge der starken Regenfälle der letzten Tage führt die Murg Hochwasser.

* **Lehr, 12. Sept.** Der Verwaltungsrat des ersten deutschen Reichsanstaltens hat aus einem habsbischen Schatzkammerbuch eine Stiftung von 2000 M. erhalten. Der Sohn des Stifters war längere Zeit vermißt und hatte nun geschrieben, daß er wohl behalten in englischer Gefangenschaft sich befindet. Dies gab den Anlaß zu der Stiftung.

Freiburg, 11. Sept. Versammlung Kriegsbeschädigter. Am letzten Sonntag, 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, fand im Gantlerbau zwecks Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemalige Kriegsteilnehmer eine gut besuchte Versammlung statt. Kamerad Delpy aus Karlsruhe sprach über „Ziel und Bestrebungen des Reichsbundes“. Derselbe bezweckt die Wahrung der gemeinsamen Interessen der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer durch diese selbst gegenüber der Gebührgewalt und Verwaltung sowie im Wirtschaftsleben. Der Reichsbund ist eine unparteiische, religiös neutrale, von modernem sozialem Geiste erfüllte Reichsorganisation. Die Ausführungen des Redners fanden allseitigen Beifall und es wurde daraufhin eine Ortsgruppe des Reichsbundes gegründet, welchem die meisten Anwesenden beitraten.

* **Wolfsch, 12. Sept.** Im Mittelal brannte das Sägewerk des Sägewerksbesitzers Ludwig Jüfle ab. Als Brandursache wird Kurzschluß angegeben.

* **Karlsruhe, 12. Sept.** Ein frecher Schmuggelbetrieb ist im Bahnhof Romanshorn aufgedeckt worden. Man fand allerlei Waren wie Kaffee, Seife, Schokolade, Wollgarn usw. in der Streu und in den Beschränken der Viehtransporte, die zurzeit nach Deutschland gehen.

Weihnachtsgaben für die habsbischen Truppen. Während wir alle hoffen, daß uns noch vor dem fünften Kriegswinter der Friede bescheid sein möge, rüftet sich schon jetzt das rote Kreuz überall, den Truppen, die den Feind in siegreichem Widerstand von unserer Heimat fernhalten, eine Weihnachtsgabe hinauszuschicken. Selbst wenn in der Tat der allgemeine Friede oder Waffenstillstand vor Weihnachten geschlossen wird, werden unsere Angehörigen noch im Dienste des Vaterlandes stehen müssen und darüber einen Gruß der Heimat entgegennehmen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die Vorbereitungen nicht frühe genug begonnen werden können, wenn allen Truppen die Weihnachtsgaben rechtzeitig zugeführt werden sollen. Wir hoffen deshalb, daß der Aufruf des roten Kreuzes überall Widerhall finden wird und damit jedem Feldgrauen aufs Neue gezeigt werden kann, daß die Heimat dankbar seiner gedenkt.

Soziale Rundschau.

Die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten.

Von verschiedenen Seiten, darunter auch von Kriegsbeschädigtenorganisationen, wird beklagt, daß die Industrie gelegentlich verpflichtet werde, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsbeschädigter einzustellen. Dagegen wenden sich die Unternehmer, sie wenden ein, daß auch ohne Einstellungszwang das Internerium aus sittlichem Pflichtgefühl Kriegsbeschädigte in möglichst hoher Zahl einstellen werde. Wie der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben wird, macht nun der Bundesauschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge im Regierungsbezirk Wiesbaden einen weiteren Vorschlag. Er fordert ein Gesetz, das Arbeitgeber verpflichte, alle für die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten geeigneten Stellen der Fürsorgestelle zu melden und ihr zum Nachweis eines geeigneten schwerbeschädigten Bewerber innerhalb eines bestimmten Zeitraums, etwa für die Dauer der gesetzlichen Bindungsfrist, offenzuhalten. Erst, wenn die Fürsorgestelle nicht in der Lage wäre, einen geeigneten Bewerber zu vermitteln, darf der Arbeitsplatz mit einer gesunden Kraft besetzt werden. Die Feststellung und eventuelle Neubeschaffung geeigneter Plätze hätte durch die Unternehmer, durch Besuche aus den einzelnen Gewerken unter Mitwirkung der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten zu geschehen. Streitfälle könnten durch Schiedsgerichtskommissionen geschlichtet werden.

Kommunalpolitik.

Kirchheim bei Heidelberg, 12. Sept. Der Bürgerausschuß wählte den Direktor des Volkshausvereins zum Bürgermeister. Die Frage der Eingemeindung in Heidelberg soll erst nach dem Krieg von neuem erörtert werden.

Mannheim, 12. Sept. Der Bürgerausschuß bewilligte vorübergehende Teuerungszuschüsse an städtische Beamte, Lehrer, dauernd beschäftigte Arbeiter, Mitglieder und Angestellte des Postwehens, Angestellte der Handelshochschule und Pensionäre, wofür ein Aufwand im Jahre 1918 von rund 2 005 000 M. erforderlich ist. Auf Antrag der nationalliberalen Fraktion wurde eine Entschliessung angenommen, in der dem Stadtrat empfohlen wurde, die Unterstützungsfälle baldigst nach Evidenz zu erhöhen entsprechend den Zuschüssen, die der Staat künftig gewährt.

Dem Badischen Landgemeindenverband. Dem Badischen Landgemeindenverband sind folgende Gemeinden neuerdings beigetreten: Alfeld, Binau und Hochhausen (Amt Mosbach). Vor kurzem konnten die Bürgermeister Zimmermann in Graben (Amt Karlsruhe) und Schädlar in Volkertshausen (Amt Stodach) ihr 35jähriges Amtsjubiläum begehen. Dem Bürgermeister Weidlich in Hochhausen, der sein Amt 27 Jahre lang führt, wurde ein Diplom überreicht.

Ein „Kotzfrei“ des Grund- und Hausbesitzervereins Eßlingen.

Aus Eßlingen wird uns von einem Mieter geschrieben: Die Nr. 208 vom 9. ds. Mts. des „Mittelbad. Kuriers“ bringt in einem Eingekleideten Artikel: „Zur Frage der Mietpreiserhöhung“, in dem versucht wird, der Bevölkerung klarzumachen, in welcher schrecklicher Notlage sich der Hausbesitzerverein befindet. Es wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß nicht nur alles teurer geworden sei, auch die Reparaturkosten und sonstige Ausgaben der Hausbesitzer um 100 bis 300 Prozent gestiegen seien. Demgemäß müsse auch der Mietpreis erhöht werden. Wenn man so liest mag's leicht scheinen, allein die Mieter wissen zu genau, wie es mit den Reparaturkosten usw. der Hausbesitzer steht, als daß sie sich durch solch wehleidiges Viehlein täuschen lassen werden. Der Artikelschreiber vergißt ganz, anzugeben, daß an den Reparaturkosten die Mieter ebenfalls ihren Teil getragen haben, denn die Hausbesitzer waren ja schon im Frieden peinlich darauf bedacht, alle diese Ausgaben auf die Schultern ihrer Mieter zu wälzen, und oft gleich ein bißchen Extraprofit zuzuschlagen. So etwas darf der Artikelschreiber des „Kuriers“ natürlich nicht sagen, der Zweck des Artikels ginge ja auch sonst verloren, der doch nur ist: den Mietern die in Aussicht stehende Steigerung der Mieten etwas schmaler machen. Es ist jedoch ein klägliches Versehen, diese Rechtfertigung, die Hausbesitzer sehen hier nur fort, was sie in Friedenszeiten schon geübt haben. Wir brauchen keine von Fällen nachzuweisen, wo Hausbesitzer innerhalb weniger Jahre die Mietpreise in unglaublicher Weise ohne jegliche bauliche Veränderung und Ausgabe in die Höhe getrieben haben. Schreiber dieser Zeilen hat es über sich ergehen lassen müssen, innerhalb 6 Jahren einen Aufschlag von 8 M. monatlich zu bekommen, ohne daß nur die geringste Reparatur vorgenommen wurde. Kommt der Mieter mit kleinen Reparaturbedürfnissen an den Vermieter heran, so findet er meist taube Ohren. Das Vergeben der Hausbesitzer ist doch in Wirklichkeit weiter nichts als ein Ausweichen der gegenwärtigen Notlage der Mieter. Was soll man dazu sagen, um einen weiteren Fall anzuführen, wenn ein Vermieter trotz wiederholtem Ersuchen nicht mal die notwendigen Reparaturen an einer Abortanlage vornehmen läßt, so daß die Mieter gezwungen sind, ihre Notdurft unter freiem Himmel zu verrichten. Der Hausbesitzerverein sollte sich doch auch solcher Mitglieder einmal „annehmen“, er täte weit besser daran, erst einmal seine Mitglieder auf die Pflichten gegenüber den Mietern aufmerksam zu machen. Solange aber die Hausbesitzer nicht ihre Pflicht erfüllen, können sie nicht erwarten, Verständnis für ihre Forderungen bei den Mietern zu finden. H. O.

für unsere Soldaten.

Krankenversicherungspflicht kommandierter Soldaten.

Ueber die Krankenversicherungspflicht der Personen des Soldatenstandes, die zu einer an sich versicherungspflichtigen Tätigkeit kommandiert werden, hat das Reichsversicherungsamt eine grundsätzliche Entscheidung gefällt. Ein Soldat wurde von seiner vorgesetzten Militärbehörde zur Arbeit bei einer Schneidemühlensfirma kommandiert. Er erhielt von der Firma 4 M. täglich Arbeitslohn und arbeitete unter der Leitung des Werkführers der Firma. Verpflegung und Unterkunft erhielt er von seinem Truppenteil. Bereits nach einer Woche brach der Soldat den Arm und wurde auf Kosten der Militärbehörde im Lazarett behandelt. Er beantragte nun von der beflagten Kasse Krankengeld. Vom Versicherungs- und Oberversicherungsamt wurde der Anspruch abgewiesen, da er als zur Arbeit kommandierter Soldat nicht versicherungspflichtig sei. Da der Soldat Revision einlegte, mußte das Reichsversicherungsamt entscheiden. Dieses entschied nun, daß der Soldat nicht krankenkassenversicherungspflichtig war und kam zur Abweisung der Klage mit folgender Begründung:

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können bei der Buchhandlung bezogen werden.

„Wieland“, Oper in zwei Akten von W. Maup. (Erschienen bei Bühnenverlag Aurora Dresden. Verleger in Karlsruhe Musikhaus Tafel.) Aus Gotha wird darüber geschrieben: Ein kräftiges Operndrama hat Maup mit diesem Werke geschaffen. Die germanische Gegenwart ist so reich an prächtigen gestaltfähigen Stoffen, daß man nur zugreifen braucht und die von Simrod bisher nicht behandelte Wielandage eignet sich besonders für die Bühnenbearbeitung. Allerdings hat der Verfasser vollkommen recht, wenn er den für das Gedemut des Wieland etwas sehr fragwürdigen Schluß geändert und die Charakterzeichnung als Helden voll gewahrt bzw. beibehalten hat, anstatt sie in ein zweifelhaftes Licht zu stellen. Es ist dies für eine Oper ganz besonders wichtig und wirkungsvoll, der logische Aufbau ist geklärt und ebenso die psychologische Lösung. Die Handlung ist frisch und lebendig, spannend und steht mit dem in edler, feinsinniger Sprache geschriebenen Dialog in richtigem Verhältnis. Der Aufbau ist knapp und logisch unter Berücksichtigung der erforderlichen Bühnentechnik. Wenn dem Werk eine ebenso kräftige Veranlagung zu Teil würde, dann könnte man ihm einen günstigen Erfolg prophezeien.

„Volksgesundheit“. Monatsschrift des Verbandes Volksgesundheit, Köpchenroda-Niederlöbnitz. Aus dem Inhalt der toeben erschienenen Nummer 9 heben wir folgendes hervor: Mebe Jugendbergen, von Jul. Schult. — Behandlung der Wunden mit Jucker. — Gärungsfehler im Krankenbett, von Dr. Heimhardt. — Goldene Regeln für Sprechstunden-Patientinnen. — Mundschau.

Taschenbuch für Pfälzler, von Prof. Ernst Walther. Verlag Hoffe u. Weller, Leipzig. 1 M. 50 Pfg.

Raum glaublich erscheint es, daß in der gegenwärtigen Zeit der Knappheit und Teuerung aller Lebensmittel noch ungeheure Massen guter Nahrungsmittel unbeachtet verrotten, noch dazu solche Nahrungsmittel, die sich jedermann nahezu kostenlos verschaffen kann. Was sind das für Nahrungsmittel und wo sind sie zu finden? wird mancher erstaunt fragen! Wir meinen die Pilze, die unsere Wälder und Felder in nahezu unerreichbarer Fülle spenden und von denen wohl kaum der laienhafte Teil, ja vielleicht nur der zehntausendste Teil der menschlichen Nahrung zugeführt wird. Das liegt zum Teil daran, weil die Pilze dem Volke zu wenig bekannt sind und man die ehbaren von den giftigen (deren es ja nur wenige gibt) nicht zu unterscheiden vermag. Hier Wandel zu schaffen und zum Sammeln der Pilze in größtem Umfang anzuregen, ist ein dringendes Erfordernis für unsere Versorgung und ein wichtiges Hilfsmittel zum Durabhalten. Da erscheint gerade zur rechten Zeit in Hesses Volksbucherei ein „Taschenbuch für deutsche Pilzsammler von Prof. E. Walther“ mit etwa 100 farbigen und schwarzen Bildern (Preis 1,25 M.), das genaue Anleitung gibt, welche Pilze man sammeln soll; das Buch ist durchaus gemeinverständlich geschrieben, enthält auch eine nützliche Abtheilung „Pilzgifte“ und darf jedermann warm empfohlen werden.

Die Annahme der Vorinstanzen, daß der Kläger, der als Soldat zur Arbeit kommandiert gewesen ist, während dieser Zeit nicht der Krankenversicherungspflicht unterlegen und deshalb auch kein Krankengeld zu beanspruchen habe, gibt zu einer Beanstandung keinen Anlaß. Nach § 172 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung sind Personen des Soldatenstandes, die eine der in § 165 bezeichneten Tätigkeiten im Dienste oder während der Vorbereitung zu einer bürgerlichen Beschäftigung ausüben, auf die § 169 anzuwenden ist, versicherungsfrei. Eine Versicherungspflicht kann für sie erst wieder eintreten, wenn sie in die Lage kommen, über ihre Person verfügen, selbständig ein Arbeitsverhältnis eingehen und damit ihr bürgerliches Leben wieder aufnehmen zu können. Dies kann bei Weurlaßungen der Fall sein. Dagegen bleiben Soldaten, die zu einer Arbeit kommandiert werden, auch wenn sie hierbei gegen Lohn und unter militärischer Leitung beschäftigt werden, im Dienste und unter militärischer Kontrolle. Wie bereits in der grundsätzlichen Entscheidung 2886 ausgeführt ist, üben solche zur Arbeit kommandierte Soldaten auch die bürgerliche Berufstätigkeit im Rahmen des militärischen Befehls als Soldaten aus. Mit Rücksicht auf ihr militärisches Verhältnis hierbei kann von einer Wiederaufnahme des bürgerlichen Lebens in einem solchen Falle nicht gesprochen werden. Diesen Grund sätzen entspricht es daher auch, wenn in dem Erlaß des Reichsversicherungsamts vom 17. Mai 1916 ausgesprochen ist, daß bei einer „Kommandierung“ die gesetzliche Versicherung nicht in Betracht kommt. Die Abweisung des Klägers mit seinem Anspruch auf Krankengeld ist somit zu Recht erfolgt.

Aus der Partei.

10. bad. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal.

Die örtlichen Verwaltungen seien darauf aufmerksam gemacht, daß das Material zur Abrechnung für das zweite Quartal 1918/19 den Kassierern zuzug. Wir erlauben uns möglichst frühzeitige Abrechnung. Mit der Abrechnung müssen diesmal sämtliche nichtverkauften Beitragsmarken eingeschickt werden. Nach dem 1. Oktober gibt es neue Beitragsmarken. Die jetzigen sind von da an ungenügend. Nähere Auskunft bei der Geschäftsstelle des 10. Kreises, Degenfeldstr. 3 III. abends von 6-8 Uhr, ausgenommen Samstags.

Der Kreisvorstand: J. A. A. u. A. Heise.

Nastatt, 18. Sept. Sozialdem. Partei, Mitgliedschaft Nastatt. Am kommenden Samstag, den 14. Sept., abends 7 1/2 Uhr findet im Gasthaus zum „Napfen“ unsere monatliche Parteiverammlung statt. In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung sind die Parteigenossen und Genosseninnen zu recht zahlreichen Besuche der Versammlung freundlichst eingeladen, auch Volkswahlleiter sind herzlich willkommen.

Bewerkschaftliches.

Zur Lage im Holzgewerbe wird uns geschrieben: Sind schon die Jugendlöhne des Arbeitgebersverbandes für das Holzgewerbe, wie sie in Nürnberg vereinbart wurden, gegenüber der sich immer fühlbarer machenden Teuerung höchst ungenügend, so wollen die badischen Holzindustriellen aber selbst diese Zulagen nicht anerkennen. Schon in früheren Verhandlungen innerhalb der Holzindustrie waren es stets die badischen Arbeitgeber, die manche Verhandlung erschwerten, und oft ernste Differenzen innerhalb des Gewerbes heraufbeschworen wollten. Seit Jahren gehen diese Streitigkeiten von Mannheim aus, wo die Arbeitgeber in neuerer Zeit aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten sind und eine eigene Gruppe unter dem Titel „Arbeitgeberverband für die Holzindustrie Mannheim“ gegründet haben. Zunächst waren es die Freiburger und jetzt die Karlsruher Arbeitgeber, die zu diesem Verbande übergetreten sind. Die merkwürdige Rolle spielten dabei die Letzteren. Nach am 10. August ds. Js. teilten die Karlsruher Firmen unter der Firma: „Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe“ auf die eingereichten Forderungen der Arbeiter an die Gauleitung des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit:

„Ich erhielt Ihre Rundschreiben vom 7. ds. Mts. und habe daselbe sofort unserem Zentralvorstand in Berlin weitergegeben. Soviel mir bekannt, wird die Frage der neuen Teuerungszulage zwischen unseren beiderseitigen Organisationen verhandelt und ich werde Ihnen sofort weiteres mitteilen, wenn mir die Entscheidungen unserer Zentrale zugegangen sind.“

Ein fast gleichlautendes Schreiben ging der Gauleitung auch von Karlsruher Fabrikanten- und Meisterverband, unterzeichnet von Herrn Wieland, zu. Am 25. August ging aber plötzlich der Verhandlungsleiter des Holzarbeiterverbandes eine Einladung zu Sonderverhandlungen am 29. August in Mannheim zu. Dort wurde dann eröffnet, daß die Karlsruher Arbeitgeber aus dem Schuldverband ausgetreten seien, weil sie dieser „Hammelerbe“, wie man sich ausdrückte, nicht länger angehören wollen. Bei den dort geführten Verhandlungen, die man nach der Art wie sie geführt wurden, als solche gar nicht bezeichnen kann, wurde dann den Arbeitgebervertretern eröffnet, daß es ihnen gar nicht einfallt, die vom Arbeitgeberverband in zwischen gemachten Zugeständnisse zu gewähren. Während von dieser Organisation den Arbeitern ab 18. August 1918 eine Zulage von 15 Pfg. und am 1. Dezember 1918 eine Zulage von 10 Pfg. gewährt wird, wollten die Mannheimer Scharmacher überhaupt nur 10 Pfg. zugestehen, bequemen sich aber dann allmählich dazu, ab 1. September 1918 eine Zulage von 15 Pfg. und ab 1. Dezember eine solche von 5 Pfg. zu bewilligen. Für Heidelberg wollen sie an den gleichen Daten 12 und 5 Pfg. und für Nastatt und Waden-Dos eine solche von 10 und 5 Pfg. zugestehen. Für die Arbeiterinnen wollten sie Zulagen nach freiem Ermessen geben, erklärten sich aber dann bereit, je 5 Pfg. an den genannten Daten zu gewähren.

Während nun in den Vereinbarungen mit dem Arbeitgeberverband die Mindestlöhne je um den Betrag der Teuerungszulagen erhöht werden, so daß sie am 1. Dezember an den verschiedenen Orten 100-180 Pfg. für Arbeiter und 56-69 Pfg. für Arbeiterinnen betragen, wollen die Herren der neuen Organisation überhaupt keinerlei Mindestlöhne anerkennen. Auch sonst bleiben ihre Zugeständnisse weit hinter den Vereinbarungen für das ganze übrige Deutschland zurück. Das originelle an der Sache ist dabei, daß die Karlsruher Arbeitgeber nach ihren Verhandlungen noch bis zum 1. Januar 1919 Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bleiben, trotzdem aber die Vereinbarungen ihrer Organisation ablehnen, auf deren Abmachungen sie ihre Arbeiter noch am 10. August verwiesen haben.

Mit diesem Vorgehen der badischen Arbeitgeber wurde damit die Zeit mehr als 10 Jahren bestehende Tarifvereinbarung im

Holzgewerbe gebrochen und die im Interesse beider Teile geforderte Einseitigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb des Gewerbes vernichtet. Daß die Arbeiter sich dagegen mit all ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wehren, ist selbstverständlich und stehen deshalb ernste Differenzen in Aussicht. Die Arbeiter der beteiligten Orte haben überall einstimmig diese Absichten der Unternehmer energisch zurückgewiesen und sind entschlossen, diese den Frieden des Gewerbes fördernden Absichten mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Wir werden auf die Vorgänge weiter zurückkommen. Die Gauleitung.

Wo stehen wir?

Karlsruhe, 12. September.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes der Armee, v. Freytag-Loringhoven, hat am Samstag Abend einen Aufklärungsvortrag über die richtige Einschätzung kriegerischer Ereignisse gehalten. Feindliche Ueberlegenheit an Menschen und vor allem an technischem Material haben zum Aufgeben der im Frühjahr angelegten Offensive geführt. Sie erzwingen das Eingestehen des Bewegungskrieges, der im Osten zu einem vollständigen deutschen Sieg geführt hätte. Im Westen ringen wir nur um die Behauptung der zu Kriegsbeginn erzwungenen Stellungen. Diese Verteidigung würden wir hauptsächlich bis ans Ende durchzuführen. Kritische Augen mit erhellender Natur in den darauffolgenden Kriegsjahren hätten wir überstanden, ohne daß sie uns recht zum Bewußtsein gekommen wären. Jetzt nach der langen Dauer des Krieges bedürfte die Gefahr, daß wir uns selbst eine Niederlage einreden. Moralische Potenzen entscheiden den Krieg, und alles hängt jetzt von dem festen unbeeinträchtigten Willen ab, im Kampf ums Dasein nicht nachzulassen, nicht die Errungenschaften von vier erfolgreichen Kriegsjahren, die ganze deutsche Zukunft preiszugeben. All dem wird man zustimmen können. Aber wie sieht es eben um die Moral an der Front und in der Heimat, um die Festigkeit des Siegeswillens, der jetzt nach der übereinstimmenden Erklärung der Zivilregierung und der militärischen Führer ein reiner Verteidigungswille sein soll? Das ist keine rein militärische Frage mehr, sondern ein ausgeprägtes politisches Problem, von dessen Behandlung der Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, nicht unmöglich fernhalten kann.

Der militärische Mitarbeiter des „Vorwärts“, der frühere Oberst Gädke, spricht heute die Ueberzeugung aus, daß der tiefe Angriff, den Engländer und Franzosen seit mehr als einem Monat ununterbrochen auf einer Front von über hundert Kilometern führen, die endgültige Entscheidung des Krieges herbeiführen soll. Sein Mindestziel sei die Eroberung der handbrüchigen U-Boothäfen und nach Homborn hin je eine Ausdehnung der feindlichen Offensive zu erwarten. Gegenüber dem Feind, der Leib und Leben an die raue Entscheidung setze, kam es umgekehrt die deutsche Gesellschaft in einer Rückschlacht größten Stils im Vergleich des feindlichen Vormarsches und Zeitgewinns. Aber offenbar müsse die Rückzugslinie einmal aufbrechen und dann beginne der eigentliche Entscheidungskampf, sei es weiter in der Verteidigung gegenüber der feindlichen Uebermacht einer aktiv stärkeren Kampfform oder im Gegenschlag.

Das ungestüme Drängen der feindlichen Heeresleitung nach einer Entscheidung um jeden Preis, führt Oberst Gädke auf die zermürbende Wirkung des Unterseebootkrieges zurück, der den Feinden zweifellos hart zusetze. Alle Welt und insbesondere die Arbeiterklasse sehen vor allem ein Ende des Krieges herbei, und trotz aller furchtbaren Schicksalen und ersten Gefahren des Entscheidungskampfes würden Heer und Heimat bereit aufstehen, wenn sie wüßten, daß dies nun wirklich das letzte große Ringen sei. Aber an die Erreichung der deutschen Unterseebootziele in Flandern haben die Engländer schon im Vorjahre alle Kraft gesetzt. Und nachdem ihre überreichen Angriffe mißlungen waren, haben sie sich gleichwohl zu keiner Verständigung bereit gefunden, weder als die Russen nach Breit-Litovsk noch als die Führer der deutschen Arbeiterpartei nach der Schweiz zu Verhandlungen einluden. Wir vertrauen darauf, daß die deutsche Verteidigung auch diesmal hält, bis der Winter eine Kampfpause herbeiführt. Aber wir glauben nicht daran, daß die Entente dann zur Verständigung die Hand reichen wird. In der toeben wieder zusammengetretenen französischen Kammer ist Clemenceau zunächst nicht der geringsten Opposition begegnet; selbst wenn der Feldzug des Jahres 1918 schließlich mit einer Entschädigung für die Siegeshoffnungen der Feinde endet und der Widerspruch gegen das Programm des Endesieges in Frankreich erneut erwacht, wird er schwächer sein als im Vorjahre und auch Lloyd George sitzt fester im Sattel als je.

Es ist die selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, trotz diesen ungünstigen Ausblicken alles zu tun, um wenn irgend möglich, den Frieden zu erreichen; aber es ist die Pflicht des Politikers, sich auch darauf einzurichten, daß die Feinde auch in diesem Kriegsjahre jede Verhandlung rundweg ablehnen und ihre Wölfer weiter mit der Hoffnung auf das Eingreifen noch stärkerer amerikanischer Kontingente im nächsten Jahre vertrieben. Dann aber gewinnt die Lehre des stellvertretenden Generalstabes, daß moralische Potenzen den Krieg entscheiden, doppelte Bedeutung. Und der Reichstag muß sich alsbald zusammensetzen und darüber beraten, wie man neue Sicherheiten dagegen schaffen kann, daß nicht in Deutschland, wie es in Rußland geschehen, der Gedanke des Friedens um jeden Preis neue Kraft gewinnt. Eine solche Selbstaufgabe war schon für das agrarische Rußland; für das industrielle deutsche Volk, das unbedingte Mobilitätsgewalt und Fabrikatabah nach aller Welt braucht, wäre die Niederlage die vollständige Vernichtung und unvorstellbares Elend auf Jahrzehnte hinaus.

Die Erdrainungen, welche die Volksmoral bedrohen, sind bekannt: das fortwährende Steigen aller Preise, die Mißjüngewinne der Kriegsgewinnler und Schieber, die Ungleichmäßigkeit der Lebensmittelversorgung, der harte Druck der unversicherten, die Verschleppung der Reformen und aller Not gegenüber die Untätigkeit und Schwäche der Regierung, bei der man sich immer wieder fragen muß, ob sie denn überhaupt noch da ist. Der Reichstag wird die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Widerstandskraft auf sich nehmen und alle daraus hervorgehenden Schlußfolgerungen rücksichtslos ziehen müssen. Und die Zeit drängt!

Zur E...
Plates werd...
das richtige n...
wäre es den...
nämlich Bew...
nicht alle...
verien und...
Sage sind...
ind. Es w...
Butter, Eier...
So ist d...
behalten hab...
ist natürlich...
Eitel im A...
den Boden...
Auster W...
über ab mer...
Zur E...
ausgegeben...
Zurück und...
in Baumgrün...
Farbe, Bohn...
Schauweil...
Anfangsma...
ausgegeben...
Die L...
müdigkeit, d...
einen Stoff...
nen kann, d...
fische in der...
artiger pain...
auf ganze 3...
einfach —...
süßeren Ge...
Mit der „E...
„Annung“...
neuer Köffe...
ten. Aber...
kleineren...
den mal so...
Soziale...
Ablin abge...
für öffentlic...
Möglichkeit...
in Bestand w...
Dr. Alfons...
Die Gr...
hren Verch...
Unrecht in...
Kerwendung...
reden, for...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 13. September.

Zur Sohlenledervertellung. Von einem Leder unieres Plattes werden wir darauf aufmerksam gemacht, das es nicht das richtige ware, den Schuhmachern das Leder zu geben. Man sollte es den Verbrauchern selbst zuteilen. Es konnen namlich Beweise dafur erbracht werden, das viele Schuhmacher nicht alle naturlich - mit dem Leder nach der Speckseite werten und diejenigen, die ebbare Gegenstande zu liefern in der Lage sind, bevorzugen zum Nachteil derjenigen, die das nicht sind. Es wird mit dem Leder einfach ein Landshandel gegen Wutter, Eier und Speck usw. getrieben.

So ist der „hargeldlose Verkehr“ naturlich nicht gedacht und deshalb haben wir der obigen Anregung Raum gegeben. Es ist naturlich nicht notwendig, das man nur auf dem Lande ganze Etiegel im Winter hat und die Stadtbewohner auf dem deutlichen Boden kaufen.

Neuer Verkehr geichte und neue Briefmarken. Vom 1. Oktober ab werden bekanntlich die Kriegszuschlage auf die Briefmarken erhohht. Infolgedessen werden eine Anzahl Briefmarken in neuen Werten notwendig. Es werden neu ausgegeben werden Briefmarken zu 35 Pfg. in rotbraunem Druck und zu 75 Pfg. in zweifarbigen Buchdruck: der Rand in Blaugruner und das Mittelfeld mit dem Kopfe in schwarzer Farbe. Postanweisungen zu 15 Pfg. mit schwarzvioletter Marke, Postanweisungen zu 25 Pfg. mit gelbbrauner Marke. Als Erhaltungsmarken werden vorubergehend Freimarken zu 2 Pfg. ausgegeben. Briefmarken zu 30, 50 und 60 Pfg. folgen fort.

Die Loffel in der grohen Zeit. Als Kuriosum sei hier mitgeteilt, das jeder, der in der Kriegskuche essen will, gut tut, seinen Loffel mitzubringen, da er nicht bestimmt darauf rechnen kann, dajelbst einen solchen zu bekommen. Die Kriegskuche in der Umlandkuche hatte j. Bt. wohl an die 90 Stuck derartiger gastronomischer Werkzeuge bebesen, welche Zahl heute auf ganze 3 Stuck zusammengedrumpft ist. Die ubrigen sind einfach - verschwunden und man kann es der Kriegskuchenskommission schlechterdings nicht verkennen, wenn sie keine weiteren Gelder fur eine faule Sache aufwenden geneigt ist. Mit der Lange des Krieges ist naturlich auch der „Seelenaufklarung“ ein entsprechend hoherer geworden, sodass 90 Stuck neuer Loffel wohl kaum so lange vorhalten wurden wie die ersten. Aber die „Grohen“ machens im Grohen und die „Kleinen“ mussen sich an Kleinen halten. Das ist eben mal so.

Soziale Hygiene. Auf der vom 5. bis 7. September in Berlin abgehaltenen 39. Versammlung des Deutschen Vereins fur offentliche Gesundheitspflege wurde beschlossen, die Vereinsaktivitat im Sinne der sozialen Hygiene auszubauen. Dem Vorstand wurde u. a. neu hinzugewahlt: der Sozialhygieniker Dr. Alfons Fischer-Karlsruhe.

Die Grohh. Bad. Kunstgewerbeschule zu Karlsruhe berendet ihren Bericht uber die Schuljahre 1915 bis 1918. Nachdem der Unterricht im Schuljahre 1914/15 hatte ausfallen mussen wegen Herwendung der Raumllichkeit zu militairischen und sanitaren Zwecken, konnten ingwischen einige Rume zu ihrer fruheren Bestimmung wieder freigemacht werden, so das sogar ein Teil der gleichfalls als Lazarett benutzten Baugewerkschule da hinein verlegt werden konnte. Die dadurch bedingte Einschrankung, namentlich des Fachunterrichts, konnte doch nicht das im Allgemeinen gute Ergebnis der bisherigen Kriegsschuljahre hindern. Der Lehrplan blieb mit Ausnahme des zeitweilig ausfallenden Anatomieunterrichts, oder des von Lithographie und Glasmalerei verandert. Der Abendunterricht im Freihandzeichnen wurde sogar seit Ostern 1916 auf vier statt der bisherigen zwei Abende ausgedehnt. Verloren hat der Lehrfacher zunachst den als Leutnant d. R. vor dem Feinde gefallenen Prof. Max Philipp, sodann durch den Tod die Professoren Wilhelm Lang und Karl Gagel, sowie den in Ruhe lebenden Professor Rudolf Wauer. Wegen Einberufung zum Seeresdienst mussten auch Professor August Groh und Kunstmaler Paul Kusche ihren Unterricht einstellen. Den Professor Philipp vertritt in der Architekturabteilung Professor Wilsch, Kochstamper von der Baugewerkschule, den Prof. Wauer, der bei diesem als Assistent schon tatige Ludwig Kolb. Der Maler K. F. Schmitt-Spahn vertritt den Professor Groh, und jenen wieder Professor Wilhelm Suss, der inzwischen nach Mannheim als Direktor der dortigen Grohh. Gemaldegalerie berufen wurde. Professor Langs Unterricht ubernahm der Oberzeichnerlehrer F. Penker. Die Studienreisen mussten mit Rucksicht auf die Kriegsverhaltnisse unterbleiben. Aus dem gleichen Grunde fielen auch die Schulerweltbewerbe weg. Die Grohh. Herzog Friedrich-Denkmalze wurde den Herren H. Jurell, F. Danfmann und F. Leister fur hervorragende Leistungen verliehen. Die Schulerzahl der Kunstgewerkschule betrug nach einem naturlichen Rickgang infolge des Kriegsausbruchs in 1915/16: 101, in 1916/17: 103, in 1917/18: 120. Gegenwartiger Leiter der Anstalt ist Professor Karl Hofacker, Geh. Hofrat, Mitglied des Grohh. Landesgewerbeamtes und der Ministerialbaukommission.

Or. Hoftheater. Zur Auffahrung von Hermann Roehls Oper „Meister Guido“ wurden mehrere neue Dekorationen geschaffen u. a. das ganze Bild des ersten Aktes „Ostern im Innern eines zerfallenen Palastes“ und Teile des zweiten Aktes. Sie wurden von Herrn Direktor Oskar Auer entworfen und in den Werkstatten des Hoftheaters ausgefuhrt. - In der zum Abschluss des ersten Mozartjahres fur Samstag, den 14. ds. neu einstudierten Oper „Cosi fan tutte“ wird die als Mozartjangerin besonders geschulte Minnchner Kammerjangerin Bolletti hier zum erstenmal aufzutreten.

Mit 17 Jahren lebensmide. Am 12. September 1918 hat sich ein 17 Jahre alter Dreher von hier in seiner elterlichen Wohnung in der Jahlingerstrasse durch einen Revolvererschuss getotet.

Von einem Blumentopf verlegt. Am 12. September 1918 fiel einem 11 Jahre alten Madchen vor einem Fenster des 4. Stock in der Kaiserallee ein Blumentopf auf den Kopf. Es wurde dadurch erheblich verlegt und ins Stad. Krankenhaus overbracht.

Geheimtuchlucherei. Verhaftet wurde ein 50 Jahre alter Metzger aus Wagenbach wegen Geheimtuchluchung und Schleichhandels mit Grohvieh.

Gestohlen wurde im Grohh. Hoftheater eine graueidene Damenjacke mit Hut und Seidentasche, vor dem Rathaus ein Herrenfahrad Marke „Triumph“, Fabr.-Nr. 248 944 und in einer Fabrik ein Ledertreibriemen.

Letzte Nachrichten.

Zur Explosionskatastrophe in Odessa.

Wien, 12. Sept. (Nicht amtlich.) Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Die schwere Explosionskatastrophe in den ukrainischen Munitionslagern in Odessa forderte mehr als 50 Todesopfer. Dazu kommen einige Hundert Leicht- und Schwerverletzte. Diese grohe Blutschuld lud die Entente auf sich, denn das Ergebnis der Ermittlungen lasst keinen Zweifel daruber offen, das sie die Urheberin und Antistiterin an der Ermordung des Grafen Mirbach und des Generalfeldmarschalls Eichhorn und an der Explosion der Munitionslager in Odessa war. Der Angriff auf die Stadt Odessa war schon lange vorbereitet. Beweis hierfur ist, das die Agente der Entente seit Wochen bemuht sind, die Arbeiter zum Streik zu bewegen, der am 31. Juli ausbrechen sollte. An diesem Tage flogen die Munitionslager in die Luft; von dort etwa 200 Gebauden der Munitions- und Vorratslager sind die meisten wie weggerastert. Nur wenige Mauernreste ragen aus den Trummern hervor.

Briefkasten der Redaktion.

Abonnent F., Mannheim-Sandhofen. Eine solche Verfügung besteht nicht, es ist also nichts dagegen zu machen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein „Lassalla“) Am Samstag, 14. d. M., abends 7/9 Uhr. Wiederbeginn der Singstunde im „Auerhahn“. Am vollzahligen Erscheinen eruchtet der Vorstand. 4798
Karlsruhe. (Naturfreunde). Sonntag, 15. September, Tagestour: Wujenbach, Barbarakapelle, Spielberg, Fischweier. Abfahrt 6.31 Uhr Albtalbahn. - Dienstag, 17. September, Fuhrer-Sektions-Sitzung im Lokal. 4799
Durlach. (Sozialdemokratische Burgerausschussfraktion). Samstag, 14. ds. Mts., abends 7/9 Uhr. im „Goldenen Laven“ in der Hauptstrasse Fraktions-Sitzung. Tagesordnung: Vorlagen fur die Burgerausschuss-Sitzung am 17. September. Vollzahliges Erscheinen der Fraktionsmitglieder ist erwunscht. 4802
Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel -; Rehl 3,65 Meter, gest. 75 Zentimeter; Mainz 5,30 Meter, gest. 1,00 Meter; Mannheim 3,74 Meter, gest. 59 Zentimeter.

Verantwortlich: Fur den redaktionellen Teil Hermann Kappel; fur den Inzeratenteil Gustav Kruger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Auskunftei Búrgel

300 Geschäftsstellen

Garantiefonds 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements-Auskunftei für jedermann. 4469
Friedrichsplatz 2. Tel. 455.



Aufruf!



Der funfte Kriegswinter naht. Noch stehen Deutschlands ruhmreiche Truppen drauhen im Felde. Auch in diesem Jahre ist es eine schone Pflicht der Heimat, den Kampfern an der Front einen Weihnachtsgruuh hinauszusenden, damit sie fuhlen, das wir daheim unserer tapferen Soldaten in Treue und Dankbarkeit gedenken. Was der Einzelne nicht vermag, kann die Gesamtheit leisten. Darum ergeht an alle der Ruf:

Gebt uns Gaben und Geld, damit wir allen Truppen im Bereiche des XIV. A.-K. eine Weihnachtsgabe schicken konnen. Moge jeder dazu beitragen, unseren badischen Truppen das Weihnachtsfest so froh und heimatlich wie moglich zu gestalten.

Der Ehrenvorsitzende des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz
Mag. Prinz von Baden.

Mag Egon Fürst von Fürstenberg
Donaueshingen.

Der Staatsminister und Minister des Innern
Freiherr von Bodman.

Der stellvertretende kommandierende General des XIV. Armeekorps
Isbert, General der Infanterie.

Der Territorialdelegierte der freiw. Krankenpflege für das Grohh. Baden
Pfisterer.

Graf von Berchheim. 4792
Weinheim

Der Erzbischof der Erzdiocese Freiburg
Dr. Thomas Körber.

Der Präsident des Evang. Oberkirchenrats
Uibel.

Für den Oberrat der Jüdischen
Dr. Mayer.

Der Vorsitzende des Bad. Landesver. v. Rot. Kreuz
General Limberger.

Der Generalsekretär des Bad. Frauenvereins
Müller.

Der Vorstand des Kath. Caritasverbandes
Dr. Werthmann.

Der Vorstand des Evangelischen Landesvereins für innere Mission
Präl. D. Schmittjehner.

Der Vorsitzende der Depoabt. des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz
Dr. Stroebe.

Kartoffel-Versorgung.

Nach der Verordnung des Bundesrats über die Kartoffel-Versorgung vom 18. Juli ds. Js. ist der Kommunalverband Karlsruhe-Stadt verpflichtet, die für die Ernährung der karlsruher Bevölkerung bis zum 30. Juli 1919 erforderlichen Mengen an Speisekartoffeln zu beschaffen und darnach die Versorgung der Bevölkerung zu regeln.

Bis zum 17. November 1918 erhalten alle Haushaltungen, die nicht Selbstversorger sind, Kartoffeln auf Grund der Kartoffelmarken nach Maßgabe der allhöchsten Bekanntmachungen.

Für die Zeit vom 17. November 1918 bis 18. Mai 1919 können die Haushaltungen die ihnen zustehenden Mengen entweder

unmittelbar vom Erzeuger auf Grund von Bezugsscheinen oder vom Kommunalverband Karlsruhe-Stadt an voraus beziehen (Winterbedarf).

Bei Zugrundelegung eines zulässigen Höchstverbrauchs von 1 Pfund für den Kopf und Tag und unter Zuhilfenahme eines Zuschlags für Schwund und Fäulnis dürfen für diese Zeit (26 Wochen oder 182 Tage)

auf den Kopf zwei Zentner Kartoffeln bezogen werden.

A. Bezugsschein-Verfahren.

Wer diesen Winterbedarf vom Erzeuger beziehen will, hat sich dazu des Bezugsscheins zu bedienen.

Bezugsschein-Bordrucke werden von

Montag, den 9. September 1918

an beim städt. Kartoffel-Amt, Kaiserallee, bei allen Polizeiwachen, bei den Gemeindefretariaten der Vororte und beim Rathhausförstner

amtlich abzugeben; dort liegen auch Muster für die Ausfüllung der Bordrucke zur Einsicht bereit.

Die Bezugsschein-Bordrucke sind, einschließlich der unterschriebenen Zusage des Kartoffellieferers, bis

spätestens 30. September 1918

unter Vorzeigung der Lebensmittel-Anweisungskarte dem städt. Kartoffel-Amt, Kaiserallee 6, Turnhalle der Oberrealschule, Eingang Grashofstr., zur Genehmigung vorzulegen. Dies muß zur Ermöglichung sofortiger Erledigung durch den Haushaltungs-Vorstand persönlich oder einer von ihm beauftragten Person geschehen. Jeder Schriftwechsel hierüber ist zu vermeiden. Für die Bezugsberechtigung ist eine Gebühr von 10 Pfg. zu entrichten.

Die auf genehmigten Bezugsscheine zu liefernden Kartoffeln müssen spätestens am 16. November 1918 versandt sein.

B. Lieferung des Wintervorrats durch den Kommunalverband.

Wer den Winterbedarf für 17. November 1918 bis 18. Mai 1919 vom Kommunalverband zu beziehen wünscht, hat ihn mündlich beim städt. Kartoffelamt, Kaiserallee 6, Turnhalle der Oberrealschule, Eingang Grashofstraße, unter Vorlage der Lebensmittel-Anweisungskarte zu bestellen. Diese Bestellungen werden straßenweise entgegengenommen, und zwar am

Freitag, den 13. September 1918,

die Straßen mit den Anfangsbuchstaben F und G,

Samstag, den 14. September 1918,

die Straßen mit den Anfangsbuchstaben H und J. Dabei ist anzugeben, ob geeignete und genügende Lager-räume zu Gebote stehen. Der Zeitpunkt, in welchem die Kartoffeln zugeführt werden, wird besonders bekannt gegeben, desgleichen der Preis für diese Art der Lieferung.

C. Kauf gegen Kartoffelmarken.

Wer den Winterbedarf nach A oder B im voraus eingedeckt hat, erhält für die Zeit vom 17. November 1918 bis 18. Mai 1919 keine Kartoffelmarken.

Für alle andern Haushaltungen verbleibt es auch während der Zeit vom 17. November 1918 bis 18. Mai 1919 beim wöchentlichen Bezug gegen Kartoffelmarken.

Die näheren Bestimmungen über das Bezugsscheinverfahren sind aus dem Bezugsschein-Bordruck ersichtlich. Mündliche Auskunft wird an den Schaltern des Kartoffel-Amts jederzeit bereitwillig erteilt; schriftliche Anfragen dagegen können bei dem Anfang der Geschäfte der Kartoffel-Versorgung keine Berücksichtigung finden. Die Schalter sind ohne Unterbrechung von morgens 9 Uhr bis abends 5 Uhr geöffnet.

Karlsruhe, den 6. September 1918.

Städt. Kartoffel-Amt

Kaiserallee 6, Turnhalle der Oberrealschule, Eingang Grashofstr.

Tüchtige

Aushilfs-Kellnerinnen und Spülfrauen

für jeden Sonn- und Feiertag gesucht.

Sonntags geöffnet von 10-12 Uhr.

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Fähringerstraße 100.

Hoher Feiertage wegen werden unsere Verkaufsräume

Montag, den 16.

erst um 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Geschw. Knopf.

Montag, den 16. September

bleiben unsere Geschäftsräume

geschlossen.

Herm. Tietz.

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahl-waren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen und repariert werden können. 8111 Karl Hummel, Werderstrasse Nr. 13, Telefon 1647.

Neu eröffnet!

Abteilung für

Allstein-Schnittmuster

Hermann Tietz



Mehrere

Küfer und Hilfsarbeiter

finden sofort Beschäftigung bei

Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel

Abteilung Wärmelade.

Fussball.

Sonntag, den 15. Sept. 1918.

Spielplatz Beierthaim:

Fußballverein Pforzheim 1

gegen

Beierthaimer F.-V. I.

1. F.-C. Weingarten II

gegen

F.-V. Beierthaim II.

Beginn 4 bzw. 1/3 Uhr.

Spielplatz V. f. B.:

Viktoria Berghausen I

gegen V. f. B. II.

Beginn 3 Uhr.

Abgängige Tiere

aller Art kauft
Städtisches Gartenamt
Karlsruhe.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe.

Samstag den 14. September, abends 8 Uhr, findet in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3, eine **Mitgliederversammlung** statt.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)

Geschirr-Reparaturanstalt

Königsstr. 33, im Hof.

Telefon 1421.

Wie suchen einen zuverlässigen

Kutscher

sowie einen

Küfer (Brenner)

per sofort oder später.

Heinrich Baer & Söhne

Dampf-Branntweinbrennerei Karl-Wilhelmstr. 26.

Zuverlässiger Vorarbeiter für meinen

Flaschenbierbetrieb

für sofort gesucht.

M. Brink, Brauerei

Karlsruhe.

Junge Leute, auch Frauen

werden zur Anfertigung von Bündelholz gesucht.

Fr. Kempermann

Sägerei, Spalterei und Bündelholzfabrik

Gerwigstraße 53

Elektrische Straßenbahn, Haltestelle Schlachthof.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Hohen Feiertags

wegen am Montag, den

16. d. M. 1790

geschlossen.

Mechaniker

für Näh- und Schreibmaschine

zum selbständigen Eintritt gesucht.

Gg. Mappes

Karlsruherstr. 20.

Es ist ratsam

die ältesten

Pelze ändern

zu lassen, bei tadelloser billiger

Ausführung.

Douglasstrasse 8 part.

Möbliertes

Parterre-Zimmer

in einem Hause mit Einfahrt in

der Südstadt zu mieten gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle

des „Volksfreund“.

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft

Lovy, An- u. Verkaufsgeschäft,

Marktgrasentstraße 22.

Schuhzwecken

Muster umsonst und portofrei

Rob. Dietz, Gelsenau i. Erggeb.

Kindertisch mit 2 Stühlen

zu verkaufen.

Näheres Steinstr. 4, 1. St.

Standeshausauszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle. Helmut, 1 Jahr 1 Monat 25 Tage alt, Vater

Leo Schuber, Leichenwärter, Karl Gerbold, Geiger, Chemann,

53 Jahre alt, Luise Gütthle, 52 Jahre alt, ledig, ohne Gewerbe,

Marie Faigle, 66 Jahre alt, Witwe von Franz Faigle, Dreher,

Rudolf Meyerhofer, Zivil-Ingenieur, Chemann, 82 Jahre alt,

Berta Philippson, 84 Jahre alt, Witwe von August Philippson,

Kaufmann.